

## Jährliche Berichterstattung (Mai 2020 bis April 2021) der Staatspolitischen Kommission an den Landrat

### 1. Gesetzliche Grundlagen

Mindestens einmal im Jahr erstattet die Staatspolitische Kommission dem Rat schriftlich Bericht über ihre Tätigkeit (Artikel 51 der Geschäftsordnung des Urner Landrats [GO]; RB 2.3121). Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Staatspolitischen Kommission regelt der Artikel 53 der GO.

### 2. Allgemeines

Seit der letzten Berichterstattung vom 15. April 2020 (Session vom 20. Mai 2020) wurde die Staatspolitische Kommission (Stako) zu sieben Sitzungen einberufen. Präsident der Kommission, welche nach den Landratswahlen 2020 in neuer Besetzung die Aufsichtsfunktion übernahm, war in der Berichtsperiode Martin Huser aus dem wunderschönen Unterschächen im Schächental. Bei der Zusammensetzung der Staatspolitischen Kommission gab es im ersten Amtsjahr einen Wechsel. So musste Pascal Blöchliger, der seinen Wohnsitz ausserkantonale verlegt hatte, ersetzt werden. Seit der Sitzung vom 3. Dezember 2020 amtiert Michael von Mentlen als neues Mitglied der Stako.

Fester Bestandteil der Traktandenliste von Sitzungen der Staatspolitischen Kommission bilden die Auskünfte, mit welchen jeweils der Landammann Urban Camenzind oder Kanzleidirektor Roman Balli über die aktuellen Regierungs- sowie Landammannamt-Geschäfte informieren.

Ich will mit dem vorliegenden Bericht kurz auf die Tätigkeiten der Staatspolitischen Kommission seit der letzten Berichterstattung eingehen.

### 3. Im Landrat behandelte Geschäfte aus dem Landammannamt

Im vergangenen Berichtsjahr sind während den Sessionen des Landrats zahlreiche Geschäfte, welche vom Landammannamt eingebracht und von der Staatspolitischen Kommission vorberaten wurden, verhandelt worden. Als Stako-Präsident habe ich Sie anlässlich der Sessionen im Uristiersaal jeweils bereits über die Beratungen und Gedanken der Kommission informiert. Ich verzichte deshalb darauf, auf diese Geschäfte nochmals ausführlich einzugehen.

Folgende Geschäfte wurden vom Landrat bereits behandelt:

- Rechenschaftsbericht über die kantonale Verwaltung in den Jahren 2018 und 2019
- Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege des Kantons Uri in den Jahren 2018 und 2019

- Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zum Schlussbericht über die Bewältigung der ausserordentlichen Lage vom 16. März bis 12. Juni 2020
- Antrag zur Änderung der Verfassung des Kantons Uri (Schaffung Notrechtsklausel)
- Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle des Kantons Uri für die Zeit vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2019
- Regierungsprogramm 2020 bis 2024+
- Entscheid über die weitere Geltung und Befristung des Erlasses über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie (COVID-19-Härtefallerlass)
- Einführung aktives Stimm- und Wahlrecht 16 (Änderung der Verfassung des Kantons Uri und des Gesetzes über die geheimen Wahlen, Abstimmungen und die Volksrechte)

In all diesen Geschäften war es gemäss GO Auftrag der Staatspolitischen Kommission, die Geschäfte vorzubereiten und Antrag an den Landrat zu stellen.

#### **4. Überprüfung der Organisationsstrukturen der Kantonalen Mittelschule und des Berufs- und Weiterbildungszentrums (bwz uri)**

Im Rahmen einer mündlichen Beantwortung in der Staatspolitischen Kommission im Frühling 2020 kündigte die Bildungs- und Kulturdirektion, im Rahmen ihrer Jahresziele, eine Überprüfung der Organisationsstrukturen der Kantonalen Mittelschule sowie des Berufs- und Weiterbildungszentrums (bwz uri) an. Die Staatspolitische Kommission wünschte, nach Abschluss dieser Evaluation, über die Ergebnisse und Erkenntnisse aus diesem Projekt informiert zu werden.

Anlässlich der Sitzung vom 21. Oktober 2020 informierte der Bildungsdirektor Beat Jörg über den aktuellen Stand dieser Evaluation. Es handelte sich hierbei um einen Zwischenbericht. Inhaltlich wurde die Überprüfung in zwei Teilprojekte gegliedert. Erkenntnisse und in Betracht gezogene Optimierungen zum Teilprojekt 1, mit Hauptaugenmerk auf die Organisationsstrukturen des bwz uri, wurden der Staatspolitischen Kommission vorgestellt.

In einem zweiten Schritt, dem Teilprojekt 2, wird jetzt im Zeitraum von November 2020 bis Frühling 2021 auch die Organisationsstruktur der Kantonalen Mittelschule überprüft. Der Bildungsdirektor stellt der Staatspolitischen Kommission den Schlussbericht auf Sommer 2021 in Aussicht. Die Staatspolitische Kommission ist gespannt auf die Ergebnisse und hat das Thema seit Februar 2020 in ihrer Pendenzenliste aufgenommen.

#### **5. Auskunft Sicherheitsdirektion zu Befragung der Mitarbeitenden der Kantonspolizei**

Noch in der letzten Legislatur, nämlich anfangs Jahr 2020, wurde anlässlich einer Sitzung der Staatspolitischen Kommission angekündigt, dass die Sicherheitsdirektion plant, eine Mitarbeiterbefragung bezüglich Berufszufriedenheit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Urner Polizei durchzuführen. Die Mitglieder der Stako äusserten den Wunsch, nach Abschluss dieser Befragung über deren Resultate informiert zu werden.

Im Januar 2021 präsentierten der Sicherheitsdirektor Dimitri Moretti, der Polizeikommandant Reto Pfister und die Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion, Alexandra Kälin, die Ergebnisse und Erkenntnisse zur Berufszufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Urner Polizei.

Der Staatspolitischen Kommission wurden die Ergebnisse der Befragung, die ein externes Beratungsunternehmens durchführte, transparent präsentiert. In diesem Rahmen wurde aufgezeigt, in welchen Bereichen man gemäss Befragung positiv abgeschnitten hat, aber auch wo aufgrund der Rückmeldung noch Verbesserungspotenzial vorhanden ist.

Der Kommandant Reto Pfister hat die Anliegen seines Korps, welche sich in der Mitarbeiterbefragung herauskristallisierten, analysiert, priorisiert und Massnahmen definiert. Diese definierten Massnahmen sollen in Zukunft zu einer positiven Wahrnehmung der Polizei - gegen innen und aussen - beitragen.

## **6. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)**

Eines der Hauptthemen der Staatspolitischen Kommission in der letzten Berichtsperiode war die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Hier zeigte sich in einigen Bereichen Handlungsbedarf und dass Änderungen geplant waren.

Die Staatspolitische Kommission liess sich von Regierungsrat Christian Arnold und Jules Busslinger, Präsident der KESB und seit 1. Januar 2021 auch Vorsteher des neu geschaffenen Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz (AKES), über die strategische Neuausrichtung der KESB informieren. Diese konnte plangemäss per Ende 2020 abgeschlossen werden.

Mit Befriedigung stellt die Staatspolitische Kommission fest, dass sich verschiedene von der KESB getroffene Massnahmen zur Effizienzsteigerung positiv auf die Verfahrensdauern auswirken. Zudem wurde seit Einführung der KESB auch seitens der Gemeinden die Kommunikation der KESB bemängelt. Diese hat sich erfreulicherweise verbessert, was zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen KESB und Gemeinden beiträgt.

## **7. Sportelsystem im Konkursverfahren**

Das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; SR 281.1) ermöglicht den Kantonen im Betreibungs- und Konkurswesen zwei verschiedene Gebührensysteme. Justizdirektor Daniel Furrer und Konkursbeamter Andreas Bilger gaben der Staatspolitischen Kommission Auskunft über das Sportelsystem, das im Kanton Uri angewendet wird. Dieses System hat sich bewährt. Aufgrund der geringen Anzahl Konkursfälle erachtet die Staatspolitische Kommission das Sportelsystem als sinnvoll für den Kanton Uri.

## **8. Mitberichte**

In der Berichtsperiode hat die Staatspolitische Kommission keine Mitberichte an andere Kommissionen abgegeben.

## 9. Dank

Die Staatspolitische Kommission dankt Herrn Landmann Urban Camenzind für seine regelmässigen Informationen über die laufenden und aktuellen Themen. Natürlich danken wir auch dem gesamten Regierungsrat und allen Mitarbeitenden der Kantonalen Verwaltung für ihre geleistete Arbeit zum Wohle unseres Kantons Uri.

Unterschächen, 14. April 2021

Für die Staatspolitische Kommission



Martin Huser